

Zeitschrift: Das Werk : Architektur und Kunst = L'oeuvre : architecture et art
Band: 55 (1968)
Heft: 5: Forschungsbauten - Studentenheime - Vervielfältigte Kunst

Artikel: Hochschulplanung ist Landesplanung
Autor: Geiger, Martin
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-42901>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Hochschulplanung ist Landesplanung

Seit Erscheinen des Labhardt-Berichtes wissen wir: Hochschulplanung ist Landesplanung. Kenntnisse und Können der Akademiker fördern die Wirtschaft und damit den Wohlstand auch jener, die nicht studierten. Also geht die Hochschulpolitik das ganze Volk an. Man muß die großen Zusammenhänge sehen. Das schweizerische Verhältnis von Hochschulausbildung zu Wohlstand fällt, verglichen mit andern Ländern, aus jedem Rahmen. Der schweizerische Ausbildungsgrad ist tiefer als jener von Ländern mit halb so großem Volkseinkommen.

Wir wissen deshalb, daß ein großer Nachholbedarf zu decken ist. Wir wissen, daß es gilt, den Anschluß an andere Länder wieder zu finden. Wir wissen: Hochschulplanung ist eine nationale Aufgabe. – Wissen wir es wirklich? – Die bisherige Entwicklung im Hochschulbau läßt diesen Schluß nicht zu.

Bisherige Entwicklung

Zur Beschreibung der bisherigen baulichen Entwicklung der Hochschulen in der Schweiz läßt sich kein besseres Beispiel finden als Zürich, die Stadt, in der sich zwei Hochschulen befinden: die Eidgenössische Technische Hochschule (auf nationaler Ebene) und die Universität Zürich (auf kantonaler Ebene).

Wir kennen die beiden Hauptgebäude, die unmittelbar nebeneinanderliegen. Es sind in sich abgeschlossene Gebilde, die seit ihrer Gründung – abgesehen vom Bau der ETH-Kuppel und dem heutigen Innenausbau der ETH – ohne wesentliche Erweiterung geblieben sind.

Im technisch-naturwissenschaftlichen Boom dieses Jahrhunderts mußten die expansivsten Abteilungen und Fakultäten in eigenen Gebäuden untergebracht werden. Es betraf in der ETH die Physik, die Chemie und andere naturwissenschaftliche Gebiete. Aber auch in der Universität betraf es vor allem die Physik, die Chemie und andere naturwissenschaftliche Gebiete. Was wäre also vernünftiger gewesen, als die neuen Gebäude gemeinsam zu bauen und gemeinsam zu benutzen? In Wirklichkeit bildete sich eine Konkurrenz zwischen den beiden Hochschulen heraus, die selbst den Gedanken an Kooperation oder auch nur Koordination verunmöglichte. Beide Hochschulen bauten separat. Der Platz dazu fand sich in den allmählich altgewordenen Villenvierteln der Umgebung, die Schritt für Schritt von den Hochschulen aufgekauft wurden. Die Studenten wohnten in immer weiteren Ringen um die Hochschulen in Häusern, die von ihren Besitzern bereits verlassen, von den Hochschulen aber noch nicht belegt worden waren.

Nach diesem Schema verlief der Wachstumsprozeß, bis er sich im letzten Jahrzehnt zu verlangsamen begann. Heute ist er beinahe zum Stillstand gekommen. In einer rasch wachsenden Metropole wie Zürich sind zwei Hochschulen, und mögen sie noch so mächtig sein, nicht die einzigen raumsuchenden Unternehmungen. Genau wie die Hochschulen haben es auch andere Organisationen gemacht: sie haben alte Villen aufgekauft. So stoßen heute die Hochschulen bei ihrem konzentrischen Wachstum nicht mehr nur auf halbzerfallene Wohnhäuser, aus denen es lediglich Studenten herauszuwerfen gilt, sondern auch auf modernste Bürobauten zahlungskräftiger Firmen.

Ähnliche Entwicklungen finden wir in Basel, Bern, Lausanne, Genf und andern Universitätsstädten.

Die heutige Situation

Die meisten Universitäten müssen sich heute entscheiden, welche der drei grundsätzlichen Möglichkeiten der baulichen Weiterentwicklung sie wählen sollen. Diese Weiterentwicklung wird ungefähr folgenden Umfang haben:

1970 gibt es rund 38000 Studenten in der Schweiz. Im Jahre 2000 werden es rund 88000 sein. Während der dazwischenliegenden 30 Jahre müssen wir also

1. die Wohn- und Studienplätze der heutigen 38000 Studenten verbessern und zum Teil neu schaffen,

2. Wohn- und Studienplätze für die zusätzlichen 50000 Studenten errichten,

3. Wohn- und Arbeitsplätze für weitere 50000 Personen (Dozenten, Personal, Angehörige) bauen.

Die Erfüllung eines solchen Programms kann auf drei Arten versucht werden:

1. Aufteilung jeder Universität in einzelne Studienrichtungen und Verteilung derselben über das Stadtgebiet auf noch unüberbaute Grundstücke.

2. Gründung von Universitätsstädten.

3. Internes Wachstum der Universitätsgebiete in und um ihre heutigen Standorte und Verflechtung mit der übrigen Stadt.

Erste Möglichkeit: Zersplitterung der Hochschulen

Von Bund, Kantonen und Städten ist in einigen Fällen schon die erste Variante gewählt worden, und in einigen weiteren Fällen müssen ähnliche Entscheide erwartet werden. Wir halten das Prinzip der Zersplitterung für ungünstig, und zwar, außer den offensichtlichen Kommunikationsschwierigkeiten, noch aus folgenden Gründen:

Wir glauben, daß die Teilverlegungen auf scheinbar freie Restflächen der Stadt nicht viel anderes sind als Verschiebungen der beiden ungelösten Hauptprobleme vom alten Standort an einen neuen. Die Hauptprobleme sind: Wie wird ein kontinuierliches Wachstum der Universitätsanlagen gewährleistet? Wie kann der nötige Wohnraum für Studenten, Dozenten, Angestellte und Angehörige geschaffen und erhalten werden?

Daß diese Fragen bei den heute praktizierten Teilverlegungen unbeantwortet bleiben, soll an dem Beispiel der Erweiterung der Universität Zürich illustriert werden.

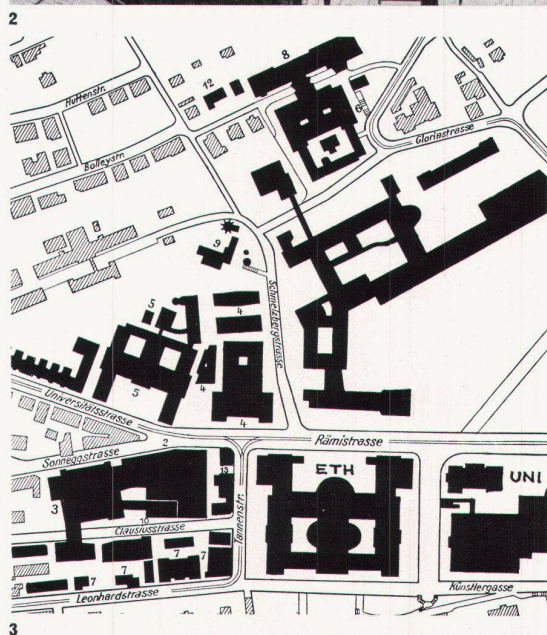
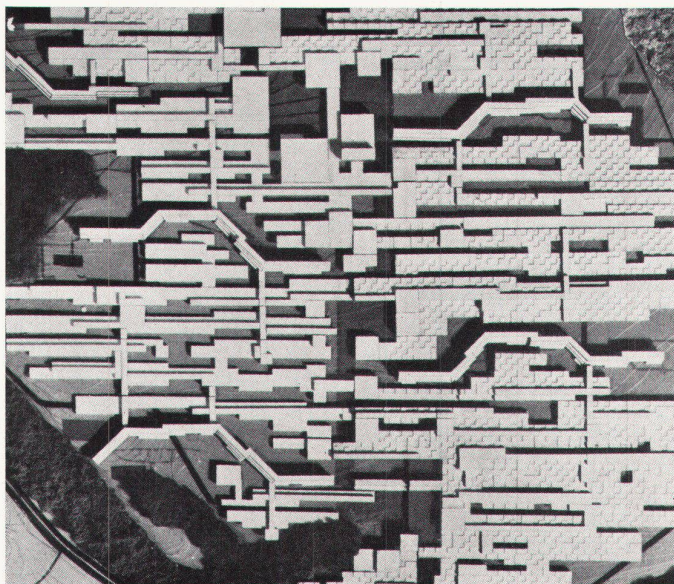
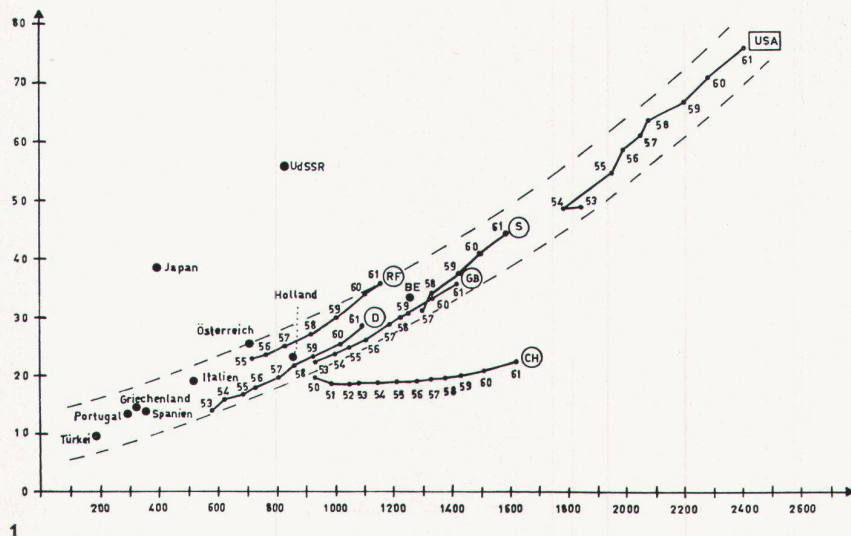
Das schöne Grundstück am Strickhof, das die Universität Zürich für ihre Erweiterung gewählt hat, ist nur in den Augen der Universität frei. In denen der Stadt ist es schon vergeben.

Die Regierung der Stadt ist seit jeher dagegen gewesen, daß der Kanton am Strickhof eine Universität baue. Die Wasserscheide am Milchbuckelsattel – so argumentierte die Stadt – sei ein landschaftliches Bijou und müsse deshalb unbedingt freigehalten werden. Dem Drängen des Kantons gab die Stadt erst nach, als sich der Kanton verpflichtete, die Hälfte des Areals in Form eines «der Öffentlichkeit zugänglichen Parks» freizuhalten. Es entstand ein Kompromiß, der von beiden Seiten aus betrachtet ein fauler ist.

Vom Kanton aus: Es ist irreführend, über Landmangel zu klagen, wenn gleichzeitig außerhalb aller zur Universität gehörenden Grünflächen, Sportflächen und Reserveflächen zusätzlich eine Zone freigehalten werden kann, die groß genug wäre, um noch eine zweite Universität von fast gleicher Größe zu tragen.

Von der Stadt aus: Im Augenblick, da eine Universität auf dem Grundstück zugelassen ist, wird der zusätzlich neben allen universitätsinternen Erholungsflächen angelegte Park zur Landverschwendung. Wir haben weiter oben dargelegt, daß die Bevölkerung, die diesen Park genießen könnte, gar nicht mehr vorhanden sein wird. Und die Studenten selbst, die die Sportanlagen auf der einen, den ganzen Zürichberg auf der anderen Seite zur Verfügung haben, werden voll Grimm auf die so rührend freigehaltene Wasserscheide blicken und sich daran erinnern, was man ihnen stets einzutrichtern bemüht hat: «Die Verhältnisse am Landmarkt zwingen uns leider, die Zersplitterung der Universität weiterzuführen.»

Man könnte hier einwenden, dieser groteske Fall sei nun einmal in Zürich vorgekommen, es dürften aber keine allgemeinen Schlüsse daraus gezogen werden. Wir sind da nicht so sicher. Uns scheint, daß solche Konflikte in der Politik aller Städte und aller Länder nicht ungern gesehen und auch nicht ungern in harter Arbeit «gelöst» werden, weil damit die wirklich wichtigen und schwierigen Probleme vernebelt werden können.



Gelingt eine Integration der Universität mit der umgebenden Bebauung am neuen Standort nicht, so ist die kontinuierliche Erweiterung so wenig gelöst wie am alten Standort – und gelingt sie, so hätte sie am alten Standort ebenso gut durchgeführt werden können. Und wie steht es erst mit dem Problem der Wohnungen? Rund 8000 Personen (Studenten, Dozenten, Angestellte und Angehörige), die mit der Universität zu tun haben, müssen in der Nähe der Neubauten am Strickhof Unterkunft finden. Im Raumprogramm ist aber nicht eine einzige Wohnung vorgesehen. In einem Kreis um den Strickhof mit 2 km Durchmesser gibt es heute rund 16000 Wohnplätze. Wenn diese Fläche vom Kanton nicht erworben wird, so geht dort die bereits früher geschilderte Unterwanderung der Wohngebiete durch Büros weiter und läßt im Jahr 2000 nur noch 8000 Wohnplätze zurück. Das heißt also, daß in 30 Jahren alle verfügbaren Betten von Studenten belegt sein werden, was zwangsläufig den Nachwuchs an zimmervermietenden Witwen unterbindet und zur unwiderruflichen Auflösung des Verhältnisses Witwe-Student führt.

Der helvetische Student avanciert dann vom Untermieter zu dem, was sein ausländischer Kollege schon längst ist: zum

Das schweizerische Verhältnis von Hochschulbildung zu Wohlstand fällt, verglichen mit anderen Ländern, aus jedem Rahmen. Vertikal: Ausbildungsgrad; Hochschulstudenten in Promille der 20- bis 29jährigen Bevölkerung. Horizontal: Wohlstandsindex

Le rapport en Suisse entre la formation universitaire et le bien-être diffère sensiblement de l'ordre de grandeur enregistré dans d'autres pays. En ordonnée: degré de formation; étudiants en ‰ de la population âgée de 20 à 29 ans. En abscisse: indice du bien-être

By comparison with other countries, the ratio between higher education and prosperity in Switzerland is quite out of proportion. Vertical: degree of education; higher-education students as ‰ of 20 to 29 age-group. Horizontal: index of prosperity

2 Hochschulbau ist zu einer stadt- und landesplanerischen Aufgabe geworden. Eine Universität ist ein integriertes Gebilde. Man könnte sagen: ein Modell einer Stadt. Hier Candilis, Josic, Woods: über das System der Unterrichtsgebäude zieht sich das System der Wohnbauten

La construction d'universités est devenue un problème de planification urbaine et d'aménagement du territoire. Une université est une création intégrée. On pourrait dire: le modèle d'une ville. Ici Candilis, Josic, Woods: sur le système des bâtiments d'enseignement se dessine le système des maisons d'habitation

The building of higher-education establishments has become a task for the town and country planners. A university is an integrated entity, one might almost say the model for a city. Illustrated: Candilis, Josic, Woods. The residential complex is superimposed on the academic buildings.

3 So sind die Hochschulen bisher gewachsen. Was steht eigentlich einem Zusammenwachsen dieser Splitter zu einem kontinuierlichen und flexiblen System im Wege? (ETH und Universität Zürich)

flexible System im Wege: (EPF und Universität Zurich)
 Voici comment les universités se sont développées jusqu'à présent.
 Pour quelle raison ces fragments ne pourraient-ils pas s'étendre, se
 toucher et s'agglomérer pour former un système continu et flexible?
 (EPF et Université de Zurich)

This is how higher-educational establishments have grown up hitherto. What is there in fact to stop these splinters growing together to form a continuous and flexible system?

Abbildung: 2 aus: Candilis, Josic, Woods; Karl Krämer-Verlag, Stuttgart. Bern 1968

Mieter. Er mietet direkt vom Immobilienhändler die alten Häuser bis zu ihrem Abbruch. Und dann kommt die Import-Export AG und baut sich ein Bürohaus. Dann muß der Student weg. Wohin? Ja, vielleicht stellt man sich vor, daß er für «xxx Fr. exkl.» in einer der schmucken Siedlungen (vom SWB) «nur 15 Autominuten ab Bellevue» wohnen soll, inmitten von Windeln und mit drei Monatsabonnements in der Westentasche: eines für die Fahrt im Bus zur Station seines Dorfes, eines für die Fahrt mit den SBB nach Zürich HB und eines für die städtischen Verkehrsbetriebe, die ihn, wenn er Glück hat, rechtzeitig zur Vorlesung bringen?

Zweite Möglichkeit: Gründung einer neuen Universitätsstadt

Das Programm für Punkt 2 und 3 erfordert bei einer Dichte von 100 E/ha eine Fläche von 10 km² für 100 000 Personen. Angenommen, Punkt 1 des Programms könne in Einzelgebäuden in der Nähe der bestehenden Hochschulen erfüllt werden, so bleibt für zusammengefaßte Erweiterungen und Neugründungen ein Volumen, das zum Beispiel fünf Städten zu 2 km², 20 000 Wohnplätzen und 20 000 Studier- und Arbeitsplätzen entspricht.

Es wäre denkbar, daß die Kantone Solothurn und Aargau sich einmal zur Gründung einer solchen Universitätsstadt entschließen könnten, zum Beispiel im Raume Zofingen–Olten–Aarau. Im übrigen aber ist seit «Achtung: die Schweiz» nie mehr ernsthaft von einer neuen Stadt die Rede gewesen. Warum? Karl Steiner erklärt in seiner Dokumentation bezüglich der Erweiterung der Universität Zürich kurz und bündig, für die Gründung einer selbständigen Universitätsstadt fehle es an *Land, Zeit und Geld*. Und das ist offenbar für jedermann einleuchtend genug, um nicht mehr darauf zurückzukommen. Dennoch wagen wir die Frage: Was heißt, es fehlt an Zeit, eine neue Stadt zu gründen?

Dritte Möglichkeit: Inneres Wachstum

Wir können nun einen Blick auf Abbildung 3 werfen und uns fragen: was steht denn eigentlich einem *internen* Wachstum dieses 400 000 m² großen Gebietes entgegen? Wieso sind die zahllosen Einzelbauten nicht längst zu einem kontinuierlichen System verbunden worden, innerhalb dessen eine fast ebenso große Dehnbarkeit und Austauschbarkeit der Nutzungen bestünde wie in einer Neuanlage?

Wieso haben Universität und ETH auf dem Bausektor nicht längst gemeinsame Sache gemacht? Wieso hat sich, abgesehen von der immer unanständiger werdenden Verschmutzung der Fassaden, an der äußeren Erscheinung der ETH zum Beispiel durch all die Jahre nichts geändert? Wieso sind die langersehnten Ausbauten im Innern die einzige Änderung geblieben? Und wieso sind sogar diese noch so getarnt worden, daß der Mann, der am entfernten Üetliberg ein Fernrohr an sein Auge legt, keine Spuren in der Patinakruste entdecken kann? Es gibt dafür zwei Gründe. Sie sind nicht finanzieller und schon gar nicht technischer Natur. Sie liegen in der überalterten Vorstellung, die man sich vom Wachstum eines Gebäudes, einer Stadt, einer Region macht:

1. Man glaubt an einen Vollausbau. Man stellt sich vor, daß im Wachstumsprozeß ein vom Architekten erstelltes Gefäß (ein Gebäude) vollaufe, daß für den Überfluß ein neues Gefäß erstellt werden müsse usw., bis das diese kleinen Gefäße umschließende große Gefäß (die Stadt) auch voll ist, worauf der Überfluß wieder in neuen Satelliten untergebracht werden muß. Man glaubt, daß eine Erweiterung der Gefäße selbst unmöglich sei.
2. Man glaubt an die Unantastbarkeit des Luftraumes über den öffentlichen Verkehrsanlagen. Man glaubt also, daß – um im Vergleich zu bleiben – die einzelnen Gefäße durch Straßen, Bahnen, Grüngürtel voneinander getrennt seien und es auch bleiben müßten.

Eine Überbauung der Straßen würde zu einer Situation führen, die im Image, das sich die Gesellschaft von ihrer Stadt macht, einfach nicht vorkommt. Gäbe es doch auf einmal Gebäude, die auf keinem Grundstück stehen, sondern in der Luft hängen! Es muß allerdings zugegeben werden, daß neue Möglichkeiten auszudenken mit zunehmender Unübersichtlichkeit der Städte immer schwieriger wird.

Die Universität als Modell einer Stadt

Wir stehen tatsächlich immer wieder vor der Schwierigkeit, planen zu müssen, ohne zu wissen, wie wir das unüberschaubare Gebilde «Stadt» in operable Einzelteile zerlegen könnten. Mit der heute praktizierten Gliederung in Spezialgebiete wird uns die Lösung jedenfalls nicht gelingen. Das geht nur in hierarchischen, «baumartigen» Strukturen. Seit Christopher Alexanders preisgekröntem Aufsatz «A City is not a Tree» wissen wir aber, daß eine Stadt nicht hierarchisch organisiert ist. Sie ist – wie Alexander es nennt – ein Halbgritter. Wenn wir aus einer solchen Struktur Teile einzeln behandeln wollen, so müssen wir die Stellen suchen, an denen die Dichte der Beziehungsfäden am dünnsten ist, und dort durchschneiden. Wir erhalten dann *ganz andere* Einzelteile als die gegenwärtig sowohl von Politikern wie Fachleuten diskutierten Spezialgebiete: Verkehr, Wohnbau, Unterricht usw. Wir erhalten *integrierte* Teile, die sowohl Verkehr wie Wohnen wie Unterricht usw. umfassen. Eine Universität ist ein solcher Teil einer Stadt. Sie ist *ein Modell einer Stadt*. Die Zahl der Aktivitäten, die in einer ganzen Stadt ins Unendliche gehen, sind in der Universität beschränkt. Das Netz ihrer Beziehungen ist aber nicht zerschnitten.

Deshalb liegt hier eine Chance für Politiker und Fachleute, das Problem «Stadt» an einem vergleichsweise einfachen Fall, nämlich dem der «Universität», zu studieren.

Sechs zu beachtende Punkte

Wenn wir dies versuchen wollen, sollten wir folgende Punkte beachten:

1. Die Unterscheidungen *wir* von der Stadt und *ihr* vom Kanton, *wir* vom Kanton und *ihr* vom Bund (und umgekehrt) mögen ja verwaltungstechnisch eine gewisse Bedeutung haben. In der Planung sind sie vollständig unangebracht. Das Objekt der Planung ist in jedem Fall die *Region*, wobei die Größe der Region sich ganz nach der Aufgabe richtet. Die Region einer Handelsfirma ist ihr Kundenkreis, die Region eines Spitals ist sein Einzugsgebiet, diejenige einer Universität ebenfalls. Es kann sich um ein Quartier handeln, um eine Stadt, um mehrere Städte, um einen Kontinent.
2. Eine Universität ist eine kleine Stadt, gleichgültig ob sie selbständig ist oder Teil einer größeren Stadt. Bei ihrer Planung ist alles zu planen, sowohl die Hörsäle wie der Verkehr, sowohl die Wohnplätze wie die Arbeitsplätze, sowohl die Versorgung wie die Erholung.
3. Es gibt drei Möglichkeiten, die bestehenden Universitäten zu erweitern: in ganz neuen Siedlungen, in Einzelerweiterungen auf die Stadt verteilt, oder verbunden mit den Altbauten kontinuierlich weiterwachsend. Die erste und die dritte Möglichkeit sind realistisch. Die zweite ist unrealistisch.
4. Ein großer Teil der Argumente, die gegen Neugründungen (neue Universitätsstädte) oder Erweiterungen bestehender Bauten (inneres Wachstum) vorgebracht werden, sind überholte Ideen. Wir müssen uns von ihnen freimachen.
5. Die Initiative für integrierte Universitäten muß heute von den Fachleuten ausgehen. Es ist ja nicht die Aufgabe der Politiker, Ideen zu haben, sondern Ideen zu beurteilen.
6. Ideen können aber nur beurteilt werden, wenn sie erkennbar sind. Die Ideen, die wir haben, darzustellen, das wird deshalb unsere – der Fachleute – nächste und wichtigste Aufgabe sein.